

„SPD GESTALTET SOZIALE SICHERHEIT DER ZUKUNFT“

LANDTAG DEBATTIERT SOZIALSTAATSKONZEPT

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Hessische Landtag über das



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

SPD-Konzept für eine Reform des Sozialstaates debattiert. „Alle, die 35 Jahre Beiträge zur Rentenversicherung geleistet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, müssen sich darauf verlassen können, dass sie nicht auch noch zum

Amt gehen müssen, um die Rente aufzustocken“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Lisa Gnadl im Plenum. Dass es heute überhaupt möglich sei, nach so vielen Beitragsjahren in die Altersarmut zu fallen, sei das Resultat von oftmals zu niedrigen Löhnen. „Deshalb fordern wir, den Mindestlohn auf zwölf Euro anzuheben – denn wer weniger verdient, der muss später aufstocken“, so Gnadl.

Der Sozialstaat müsse wieder zum Partner der Menschen werden. Die SPD fordert damit einhergehend ein Recht auf Weiterbildung und eine gesetzliche Qualifizierungs-garantie, um Arbeitsplätze zu sichern. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die

bessere Absicherung von Kindern sowie das neue Bürgergeld anstelle von „Hartz IV“. „Die von der SPD geforderten Reformen sind solide finanziert und die erforderlichen Haushaltsmittel sind langfristig vorhanden“, sagte Gnadl. „Die von uns vorgeschlagene Respektrente wird rund fünf Milliarden Euro im Jahr kosten. Die CDU findet das unbezahlbar, verlangt aber gleichzeitig, den Solidaritätszuschlag auch für die bestverdienenden zehn Prozent in Deutschland abzuschaffen. Das würde elf Milliarden im Jahr kosten.“ Also müsse lediglich entschieden werden, ob die Vielen sozial abgesichert oder die Wenigen ein teures Steuergeschenk bekommen sollen. Die SPD jedenfalls wisse, was zu tun sei.

WOHNRAUM SCHÜTZEN UND PFLEGEN

Eine drastische Verschärfung der Mietsituation in Hessen hat die Abschaffung des Zweckentfremdungsverbots 2004 nach sich gezogen. Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf zum Schutz von Wohnraum und gegen Zweckentfremdung vorgelegt. „In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt sollen die Gemeinden wieder Satzungen erlassen, die sie verpflichten genauer hinzuschauen, wenn Wohnraum dem Markt entzogen wird“, sagte die wohn-



nungsbaupolitische Sprecherin Elke Barth. Das betreffe die Umwandlung von Wohnimmobilien in Gewerbeimmobilien, längere Leerstände mit dem Ziel von Immobilienspekulationen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Andere Bundesländer hätten gute Erfahrungen mit Zweckentfremdungsverboten gemacht und mit deren Hilfe leerstehende Wohnun-



gen wieder ihrer Bestimmung zuführen können. „Wir müssen jetzt kraftvolle Maßnahmen für einen wohnungspolitischen Kurswechsel ergreifen, damit in unseren Städten endlich wieder eine erträgliche Situation auf dem Wohnungsmarkt eintritt“, sagte Barth.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

„EINTRACHT GEBEUTHELT“



In der Debatte über den Polizeieinsatz vor dem Europa-League-Spiel der Frankfurter Eintracht sagte Günter Rudolph, dass der Einsatz im Stadion überdimensioniert und unangemessen gewesen sei. „Dass der Minister nicht belegen kann, welche konkrete Gefahr er in den zurückgenommenen Äußerungen des Eintracht-Präsidenten Peter Fischer gesehen hat, zeigt nur, dass es um seine persönlichen Befindlichkeiten ging. Bekanntermaßen hat er ja ein schwieriges Verhältnis zum Verein und zu dessen Präsidenten“, sagte Rudolph. Während der Innenminister die Situation hätte beruhigen müssen, habe er die Lage vielmehr eskalieren lassen, so Rudolphs Kritik.

„MASTERPLAN DIGITALISIERUNG“

Bijan Kaffenberger begrüßte den von Bund und Ländern ausgehandelten Digitalpakt. Für Hessen stünden damit pro Jahr 75 Millionen Euro aus Bundesmitteln für Investitionen in digitale Infrastrukturen wie W-LAN oder Tablets zur Verfügung. Die Landes-



regierung hingegen treffe keine Aussage darüber, wie viele Mittel sie dazu gebe, kritisierte Kaffenberger. „Laptops allein schaffen keine Medienkompetenz und ersetzen keine Lehrkräfte“, erklärte er. Es brauche digitale Pädagogik, Didaktik und entsprechend geschulte Lehrkräfte. „Bildung muss neu gedacht werden – wir brauchen einen Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht“, so Kaffenberger.

AZUBI-CARD REICHT ALLEIN NICHT AUS

„Wenn wir auch in Zukunft eine Chance haben wollen, als wirtschaftlich erfolgreiches Land, dann müssen wir uns um den Fachkräftenachwuchs kümmern“, begrüßte Tobias Eckert die Einführung der neuen AzubiCard und bedankte sich bei den Kammern für die Initiative. Eckert forderte die Landesregierung dazu auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen um die duale Ausbildung zu stärken. Eine echte Aufwertung erfahre diese nach SPD-Meinung nur durch eine Mindestausbildungsvergütung.



HUMANITÄT ALS RICHTSCHRUR

In der Aktuellen Stunde der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Unmenschliche Abschiebepaxis in Hessen beenden“, sagte Regine Müller, dass Humanität immer die Richtschnur staatlichen Handelns bei Abschiebungen sein müsse. Es dürfe nicht darum gehen, für Statistiken möglichst hohe Abschiebezahlen zu produzieren. Müller

verurteilte die im Januar versuchte Abschiebung einer hochschwangeren Frau und ihrer Kinder. Bei ihr war eine Risikoschwangerschaft diagnostiziert worden und sie sei nicht reisefähig gewesen. „Es braucht eine wirkliche Betrachtung des Einzelfalls – nicht nur in Sonntagsreden, sondern in der täglichen Praxis“, sagte Müller.



WINDENERGIE IST KEINE BELASTUNG

Im Rahmen der Debatte zu dem FDP-Antrag „Energiepolitik neu denken“ kritisierte Stephan Grüger, dass sich die FDP mit ihrem Antrag gegen die vielen Arbeitsplätze rund um die Erneuerbaren Energien stelle. „Die meisten Erneuerbare-Energien-Anlagen werden von mittelständischen Unternehmen produziert und betrieben“, so Grüger. Außerdem sei der Kampf gegen Windkraft verbraucherfeindlich, da diese inzwischen die günstigste Form der Energiegewinnung sei. Dass es keine „Belastung“ sei, 400 Meter von Windkraftanlagen entfernt zu wohnen, könne Grüger René Rock gerne in seinem eigenen Garten zeigen. Von dem kurzfristig eingereichten Dringlichkeitsantrag der Landesregierung hatte Grüger zumindest erwartet, dass er erklärt, wie es zu den massiven regionalen Unterschieden bei der Ausweisung von möglichen Windkraftstandorten gekommen ist.



„GLAUBWÜRDIG GEHT ANDERS“

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT

„Der Entschließungsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen für mehr Steuergerechtigkeit ist absolut unglaublich“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Marius Weiß. „Steuerhinterziehung schädigt die Allgemeinheit und ist mit allen Mitteln aufzuklären.“ Neben der Abschaffung von fragwürdigen Steuerregelungen in der EU, brauche es vor allem eine gut aufgestellte Steuerverwaltung, die illegale Steuerpraktiken effektiv bekämpfen kann. Weiß bedankte sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hessischen Finanzverwaltung für ihre herausragende Arbeit und stellte fest: „Ihr Engagement kann aber nicht kompensieren, dass in

der Hessischen Steuerverwaltung ca. 1.000 Stellen fehlen.“ Und auch Schwarz-Grün fehle etwas: ein über die Jahre hinweg geltendes Entwicklungskonzept. „In so einen Antrag hätte reingehört, wie die Landesregierung mit den veränderten Anforderungen, der ab nächstem Jahr geltenden neuen Grundsteuer umgehen will. Laut Steuergewerkschaft sind dafür 300 bis 400 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung notwendig – wo die herkommen sollen, davon steht in dem Antrag kein Wort“, kritisierte Weiß. Dass die Landesregierung dann noch mit ihrem Antrag behaupte, die Beteiligung am Kauf oder gar den alleinigen Ankauf von



Steuerdaten durch Hessen schon länger befürwortet zu haben, sei „ein starkes Stück“. Beides haben die Landesregierung und der Finanzminister über Jahre abgelehnt, trotz mehrerer Aufforderungen seitens der SPD. Einmal mehr hätte sich Schwarz-Grün damit ihre mangelhafte Glaubwürdigkeit selbst attestiert.

ERSTE REDEN IM PLENUM

BREXIT-ÜBERGANGSGESETZ

In ihrer ersten Rede begrüßte Karina Fissmann, Mitglied des Europausschusses, die Einführung eines Brexit-Übergangsgesetzes. Mögliche negative Auswirkungen könnten dadurch abgefedert werden. „Es ist wichtig, jetzt keine Panik zu verbreiten – erst recht nicht als Abgeordnete des Hessischen Landtags“, sagte Fissmann. Eine Aufklärung über die Folgen des möglichen Brexits seien notwendig und entsprechende Weichenstellungen müssten vorgenommen werden. „Es braucht vor allem eine praxistaugliche Übergangsregelung für britische Staatsangehörige, die in unserem Bundesland leben“, so Fissmann.



KOOPERATION MIT DITIB

In der Debatte über die Zusammenarbeit des Landes mit dem türkischen Moscheeverband Ditib beim islamischen Religionsunterricht sagte Frank-Tilo Becher: „Wir erwarten eine ergebnisoffene Prüfung des Kultusministers.“ Die entstandenen Zweifel an Ditibs politischer Unabhängigkeit von der Türkei, müssten ernst genommen werden. „Die Auflagen, die aus der Prüfung von Ditib durch das Kultusministerium entstanden sind, können bei den notwendigen Klärungen in der Bildungspartnerschaft helfen“, so Becher. Ditib müsse dazu noch ausstehende Veränderungen vornehmen.



LANDESREGIERUNG MUSS HANDELN

„Der Landesaktionsplan zur Bekämpfung häuslicher Gewalt muss gemäß der Istanbul-Konvention umfassend und an internationale Standards angepasst werden“, sagte die sozial- und frauenpolitische Sprecherin Lisa Gnadl. Auch sei die prekäre Situation der Frauenhäuser in Hessen nicht länger hinnehmbar. Durch einen vielerorts faktischen Aufnahmestopp, sei es fast nicht möglich, eine Frau innerhalb Hessens zu vermitteln. „Das ist eine Katastrophe für Frauen und Kinder und ist für die Mitarbeiter eine große Belastung“, sagte Gnadl. Die SPD erwarte deshalb, dass die Hessische Landesregierung an einer Verbesserung der Situation arbeite.



INNENMINISTER LÄSST POLIZEI IM STICH

REGIERUNGSERKLÄRUNG ZUR KRIMINALSTATISTIK



FOTO: PETER JÜLICH

Die Polizei im Land werde nach wie vor alleine gelassen, warf die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser dem Innenminister Peter Beuth vor. „Die Beamtinnen und Beamten haben eine unverändert hohe und nicht akzeptable Zahl an Überstunden“, stellte Faeser in der Plenardebatte über die Regierungserklärung des Ministers zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) fest. Die Aussage des Ministers, dass noch nie so viele Überstunden ausgezahlt worden seien wie

im vergangenen Jahr, hielt Faeser angesichts von über 3,2 Millionen Mehrarbeitsstunden auf den Lebensarbeitszeitkonten der Polizistinnen und Polizisten und 2,7 Millionen Überstunden für eine Farce. „Die geleisteten Überstunden stecken denen, die sie leisten mussten, immer noch in den Knochen – von Entlastung keine Spur“, erklärte Faeser. „Die 750 neuen Stellen, von denen die Rede ist, lassen sich frühestens 2020 wirklich besetzen – und das auch nur,

wenn sich genug Bewerberinnen und Bewerber finden.“ Auf unabsehbare Zeit müsse Hessen damit leben, dass auf 100.000 Einwohner nur noch 226 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte kommen – in Bayern sind es 326. Dass die vorgelegte PKS nichts desto trotz mit gesunkenen Straftatzahlen und einer gestiegenen Aufklärungsquote aufwarten kann, sei allein der großen Leistungsbereitschaft der Beamtinnen und Beamten im Polizeidienst zu verdanken.

DUNKELFELDSTUDIE: REGIERUNG VERSCHLIESST AUGEN VOR REALITÄT

Am 14. Februar hatte Innenminister Peter Beuth (CDU) die Polizeiliche Kriminalstatistik 2018 (PKS) vorgestellt. Diese erfasst Straftaten, die der Polizei durch Anzeigen von Bürgern und Wahrnehmung der Polizei bekannt sind. „In Bereichen wie der häuslichen Gewalt oder der Körperverletzung ist die Dunkelziffer allerdings deutlich höher“, erklärte die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser in der Plenardebatte am Dienstag. Für

ein vollständiges Bild der Kriminalitätsbelastung Hessens reiche die PKS nicht aus. Deshalb forderte die SPD-Fraktion in ihrem Antrag die Durchführung einer Dunkelfeldstudie in Hessen. Bei einer solchen Studie werden repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Lebenssituation, Erfahrungen mit Kriminalität im vergangenen Jahr, Anzeigeverhalten, Kriminalitätsfurcht, Wahrnehmung und Bewertung der Polizeiarbeit sowie Erfahrungen mit dem Internet befragt. „Im Gegensatz zu manch anderen Bundesländern hat sich Hessen noch nicht auf den Weg gemacht, eine solche Studie durchzuführen“, sagte Faeser und kritisierte gleich-

zeitig: „Innere Sicherheit hat nicht nur etwas mit schönen Pressekonferenzen zu tun.“ Faeser warf der schwarz-grünen Landesregierung fehlenden Willen vor, sich mit der Realität auseinanderzusetzen. Eine Dunkelfeldstudie könne sprichwörtlich Licht ins Dunkel bringen.

„Eine Dunkelfeldstudie hilft, neue Ansätze der Polizeiarbeit zu entwickeln und Präventionskonzepte zu erstellen.“

Nancy Faeser, innenpolitische Sprecherin



Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Gert-Uwe Mende (verantwortlich),
Gerfried Zluga, Christoph Gehring,
Martina Häusl-David,
Isabel Neumann